



Innenminister Uwe Schünemann (links) verteidigt im Landtag seinen harten Kurs, Ministerpräsident Christian Wulff (rechts) möchte Ruhe in die Angelegenheit bringen.

dpa (2)

Wulff will Flüchtlingsstreit befrieden

Aber Innenminister Schünemann ficht die Kritik an der Härtefallkommission nicht an

VON MARINA KORMBAKI

Hannover. Die Flüchtlingspolitik des Landes hat gestern zu einem erneuten Schlagabtausch im Landtag geführt. In einer ausführlichen Stellungnahme verteidigte Innenminister Uwe Schünemann (CDU) seinen Kurs in der Flüchtlingspolitik, den Kirchen und Wohlfahrtsverbände seit Monaten kritisieren. Zuletzt hatte der Verfassungsrechtler Ernst Gottfried Mahrenholz in dieser Zeitung dem Land eine zu strenge und „inhumane“ Politik vorgeworfen.

Anlass der Debatte war eine dringliche Anfrage der SPD. Sie wollte genau wissen, warum sich vor Kurzem sogar Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) in die Flüchtlingsfrage einschaltet hatte und dem Innenministerium geraten hatte, doch den Fall einer afghanischen Flüchtlingsfamilie aus Cloppenburg noch einmal aufzugreifen, den die sogenannte Härtefallkommission bereits abgelehnt hatte. Wulff bestätigte in der Landtagssitzung, dass er sich mit vier abgelehnten Ersuchen persönlich befasst habe – vor allem nach Bitten des Braunschweiger Landesbischofs Friedrich Weber. „Bei einem der vier Fälle habe ich den Eindruck gehabt, man hätte auch anders entscheiden können – darüber habe ich mit dem Innenminister ausführlich gesprochen“,

sagte Wulff – und betonte, dass es richtig und gut sei, wenn sich Bürger auch an ihn wendeten und er sich nicht wegen der Ressortzuständigkeit als unzuständig erklärte.

Wulff sagte, dass ihm viel an einer Befriedung des Streits um die Härtefallkommission gelegen sei – in diesem Sinn könne er sich auch vorstellen, dass die Kommission um eine neunte Person erweitert werde, wie es die Kritiker aus Kirchen und Wohlfahrtsverbänden for-

derten. Innenminister Uwe Schünemann lehnt dagegen eine Aufstockung der Mitgliederzahl zum jetzigen Zeitpunkt ab. Über eine Änderung in der Härtefallverordnung sei frühestens im Herbst zu reden. „Ich denke, es ist richtig, zunächst nach der aktuell gültigen Verordnung weiterzuarbeiten“, sagte Schünemann. Im Falle des von der Kommission abgelehnten Asylgesuches der afghanischen Familie sagte Schünemann, dass sie derzeit nicht abgeschoben werde. Die

Familie sei gut integriert, sodass mit einer positiven Entscheidung zu rechnen sei.

Ausführlich ging Schünemann in seiner Erklärung ein auf die Kritik des früheren Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Gottfried Mahrenholz, an der niedersächsischen Flüchtlingspolitik. Mahrenholz hatte angemahnt, dass sich die hiesige Abschiebepaxis primär daran orientiere, „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ zu vermeiden, anstatt den Schutz der Menschenwürde zum Maßstab zu nehmen. So seien die Bestimmungen zur Härtefallkommission rigide und gingen zulasten der Betroffenen. Schünemann bekräftigte seine Position, bei der Entscheidung über eine Abschiebung von Flüchtlingen nicht allein humanitäre Gründe geltend zu machen. „Gegen ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht spricht auch, wenn jemand bei der Klärung seiner Identität nicht mitgewirkt hat.“ Auch sei es nicht nachvollziehbar, dass ein geduldeter Ausländer Rentenzahlungen erhalte, ohne in Deutschland erwerbstätig gewesen zu sein. Gerüchte, wonach nach dem Austritt des Celler CDU-Ratsherrn Wulf Haack aus der Kommission weitere Mitglieder seinem Beispiel folgen wollten, wies er entschieden zurück. „Die Vertreter sind froh, dass es die Härtefallkommission gibt.“

KOMMENTAR

Hin und her

Sie spielen mit verteilten Rollen in der Flüchtlingspolitik, folgen aber derselben Regie: Innenminister Uwe Schünemann schickt die Juristen vor, wenn es darum geht, ob einer bleiben kann oder gehen muss. Schünemann zeigt sich hart, Ministerpräsident Christian Wulff etwas weicher. Ihn nervt der Konflikt mit Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, er will ihn vom Tisch haben, auch wenn er in der Sache mit seinem Innenminister weitgehend einig ist. Aber Wulff spürt, dass die Härte, die Schünemann gern an den Tag

legt, nicht bei denen ankommt, die ein weiches Herz haben – auch im eigenen Lager nicht.

Dass Wulff im Streit um die Flüchtlingspolitik überhaupt eingegriffen hat, ist von den Kirchen als positives Signal gesehen worden. Die ehrenamtlichen Vertreter in Schünemanns Härtefallkommission, die sich für Flüchtlinge engagieren, erwarten aber ein klareres Signal der Landesregierung – auch von Schünemann, der die Kommission von Anfang an nicht haben wollte.

MICHAEL B. BERGER

Fenster schließen

Ausschnitt drucken